Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk

Neukirch und Umgegend

Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis einschließlich der Beilagen „Illustriertes Sonntagsblatt", Heimatkundliche Beilage, Zum Sonntag, Landwirtschaftliche Beilage: Frei ins Haus halbmonatlich RM. 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonnabendnummer 15 Pf.). Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Nachzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile 8 Pf., im dreigespaltenen Textteil 25 Millimeterzeile 25 Pf. Unsere Anzeigenpreisliste und Geschäftsbedingungen, die den Vorschriften des Werberats der deutschen Wirtschaft entsprechen, sind für alle Anzeigenaufträge maßgebend. Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445 — Postscheckkonto Dresden Nr. 1321. Girokonto Bischofswerda Nr. 364. — Druck und Verlag von Friedrich May in Bischofswerda.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Bautzen und der Bürgermeister zu Bischofswerda und Neukirch (Lausitz) behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält ferner die Bekanntmachungen des Finanzamts zu Bischofswerda und anderer Behörden.

Nr. 77 — Dienstag den 2. April 1940 — 95. Jahrgang

Wieder drei feindliche Flugzeuge abgeschossen

Verstärkte Luftaufklärung über der Nordsee und Ostfrankreich

Berlin, 2. April. Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt:

An der Westfront keine besonderen Ereignisse.

Die Luftaufklärung über der Nordsee und gegen Ostfrankreich wurde am 1. April in verstärktem Maße fortgesetzt. Dabei kam es zu wiederholten Luftkämpfen zwischen einzelnen deutschen Aufklärungsflugzeugen und feindlichen Jägern. Ein Dornier-Aufklärungsflugzeug schoß ein französisches Jagdflugzeug vom Muster Curtiß, ein anderes Aufklärungsflugzeug schoß eine Morane ab. Ein englisches Aufklärungsflugzeug, das in die Deutsche Bucht einzufliegen versuchte, wurde von einer Rotte Messerschmitt 109 abgeschossen.

Ein deutsches Aufklärungsflugzeug kehrte vom Feindflug nicht zurück.

Die Welt weiter im Banne der deutschen Enthüllungen

Das Potocki-Dokument in Rom besonders beachtet

Rom, 1. April. Die Dokumente des deutschen Weißbuches sind auch am Montag für die römische Presse das Thema des Tages, die sich insbesondere für die „erwiesene Schuld der amerikanischen Juden" interessiert. Deshalb gilt die besondere Aufmerksamkeit den Darlegungen des polnischen Botschafters in Washington, Graf Potocki, über die von dort ausgegangenen Manöver und Kriegstreibereien, die seinen eigenen Worten zufolge eine regelrechte „Kriegspsychose" schufen.

Unter der großen Ueberschrift „Auch Roosevelt auf der Anklagebank" unterstreicht „Popolo di Roma", daß das deutsche Weißbuch 48 Stunden den sensationellen diplomatischen Faktor bilde. Wahrscheinlich würden in Amerika auch zu diesen Enthüllungen Dementis erscheinen. Aber das deutsche Weißbuch gestatte dennoch, wie man in Berlin betone, ein klares Bild über die Verantwortungen am Kriege.

Potocki, so erklärt der Berliner Vertreter des „Messaggero", habe Präsident Roosevelt als einen tiefen Hasser des Nationalsozialismus beschrieben und die wahren Ziele seiner Politik aufgedeckt. Dieser Rapport spreche eine eindeutige Sprache, und Deutschland könne mit gutem Recht behaupten, im Warschauer Geheimarchiv eine wahre Goldgrube gefunden zu haben mit eindeutigen Beweisen für die von 1933 bis 1939 unternommenen ausgedehnten Machenschaften und Verschwörungen, um Europa gegen Hitler und das nationalsozialistische Deutschland in den Krieg zu treiben. Deutschland habe den Krieg nicht gewollt, vielmehr die interessierten plutokratischen und jüdischen Kreise, die seit langer Zeit darauf hin arbeiteten.

Deutschland habe nicht den Kampf mit den Waffen gesucht, sondern friedliche Lösungen angeboten, die mit geringen Opfern und wenig Mühe annehmbar gewesen seien. Aber hinter Polen habe London gestanden, das zum Krieg getrieben, Garantien erteilt und Hilfe versprochen habe, die dann ausgeblieben sei. Mit dieser Veröffentlichung habe sich der deutsche Erfolg auf politischem Gebiet beträchtlich erhöht, während gleichzeitig jenseits des Ozeans eine lebhafte Debatte über die Verantwortungen ausgebrochen sei. Die öffentliche Meinung in Amerika werde sich fragen, ob Bullitt und seine Kollegen auf ihre eigene Verantwortung oder auf Anweisung von Washington hin gehandelt hätten. Darlegungen des Weißbuches dürften aber auch den Westmächten äußerst unangenehm sein, deren geheime Kriegstreibereien heute ans Licht gekommen und dem öffentlichen Urteil preisgegeben worden seien.

*

Das gewaltige Interesse, das die Weltöffentlichkeit den deutschen Enthüllungen über die Vorgeschichte des Krieges schon am ersten Tage ihres Bekanntwerdens entgegenbrachte, hält nicht nur an, sondern steigert sich darüber hinaus, wie die zahlreichen Pressestimmen aus den verschiedensten Ländern zeigen. Es ist uns räumlich unmöglich, sie einzeln zu verzeichnen.

Vom Atlantik bis zum Pazifik ist das Weißbuch die Sensation Amerikas

Neuyork, 2. April. Die Veröffentlichung des deutschen Weißbuches hat, nach den am Montag in Neuyork eingegangenen Provinzzeitungen zu urteilen, im ganzen Land außerordentlich tiefen und nachhaltigen Eindruck hervorgerufen, der durch gelegentliche Ablenkungsversuche nicht geschmälert wird. Vom Atlantik bis zum Pazifik bringen sämtliche Blätter auf den Frontseiten lange, teilweise wörtliche Auszüge aus den in den Warschauer Archiven gefundenen Urkunden, die allen aufrechten Amerikanern reichlich Stoff zum Nachdenken über die Machenschaften geben, die nach weitverbreiteter Ansicht Amerikas ureigensten Interessen zuwiderlaufen.

In einem zweispaltigen Leitaufsatz schreibt die angesehene „Baltimore Sun", „Die Dokumente erschienen unleugbar authentisch, aber die zitierten Aeußerungen Bullitts könnten Amerika unmöglich zum Kriegseintritt auf irgendeiner Seite verpflichten, weil weder der Präsident noch irgendeiner seiner Untergebenen gemäß der amerikanischen Verfassung dahingehende Bindungen eingehen dürfe, denn ein solches Recht besitze ausschließlich der Bundeskongreß. Die europäischen Diplomaten, die sich auf private Ansichten der Bullitt und Kennedy zugeschriebenen Art verließen, seien entweder naiv oder völlig unfähig.

Der auflagenreiche „Philadelphia Inquirer" spricht von „erstaunlichen Beschuldigungen" und bedauert, daß erst kürzlich wieder ein anderer USA.-Diplomat, nämlich Cromwell, ein Beispiel schlimmster Indiskretion lieferte. Für alle amerikanischen Diplomaten im Ausland gelte die Instruktion, sich bei Kriegen zwischen Dritten striktester Unparteilichkeit zu befleißigen, und auch Cromwells Verhalten stelle eine flagrante Verletzung dieser Weisung dar. Es sei absolut zwingend, daß die amerikanischen Diplomaten auch in Privatunterhaltungen ihre Zunge hüteten. Gerade der Fall Cromwell beweise, welch große Verlegenheiten der amerikanischen Regierung durch sorglos geäußerte Worte bereitet werden könnten. Der „Inquirer" erinnert dabei an den Weltkriegsbotschafter Page, der Englands Interessen vor die Amerikas stellte und eigentlich die satirische Umfrage auslöste, welches Land er eigentlich am Hofe von St. James vertrete. Amerikas Diplomaten müßten in Wort und Tat genau so neutral sein wie ihre Regierung und dürften keiner fremden Nation auch nur den leisesten Grund für die Annahme geben, daß Amerika in ihre Streitigkeiten, die Amerika nichts angingen, verwickelt werden könnte. Amerikas Friede hänge von Amerikas absoluter Neutralität ab, und Friede sei Amerikas kostbarster Besitz.

Die beiden führenden Chicagoer Tageszeitungen „Daily News" und „Tribune" widmen den Enthüllungen gleichfalls spaltenlange Berichte.

Senatsausschuß fordert Untersuchung

Washington, 2. April. Der auswärtige Ausschuß des Bundessenats hat einstimmig einen Entschließungsantrag des demokratischen Senators Clark gebilligt, in dem eine Untersuchung der innerhalb der Vereinigten Staaten betriebenen auf Wegziehung der USA. aus der Neutralität abzielenden ausländischen Propaganda gefordert wird. Für diese Untersuchung, die wahrscheinlich auch vom Senatsplenum beschlossen werden wird, sollen 25 000 Dollar ausgegeben werden. An der Spitze der aus sieben Senatoren bestehenden Untersuchungskommission würde wahrscheinlich Clark selbst stehen, der schon dem bekannten Senatsausschuß zur Untersuchung des Munitionsgeschäftes angehört hat, der vor einigen Jahren sensationelle Enthüllungen über die Praktiken im internationalen Waffenhandel während des Weltkrieges erbrachte.

Washington, 2. April. Der republikanische Abgeordnete Hamilton Fish brachte am Montag im Unterhaus die angekündigte Entschließung ein, welche die Einsetzung eines fünfköpfigen Ausschusses innerhalb von 30 Tagen zur Nachprüfung der im deutschen Weißbuch enthaltenen Korrespondenz verlangt.

Neuyork, 2. April. (Eig. Funkm.) Die von dem Republikaner Fish im Repräsentantenhaus eingebrachte Entschließung fordert Nachprüfung „insbesondere der Bullitt und Kennedy zugeschriebenen Erklärungen, die unter Verletzung amtlicher Pflichten den Frieden, die Sicherheit und die Neutralität Amerikas, die die amerikanischen Gesetze, den Geist der Verfassung, die Praxis des amerikanischen diplomatischen Dienstes und die vom Staatsdepartement niedergelegten Richtlinien gefährden".

In seiner Begleiterklärung sagt Fish, es sei unvorstellbar, daß das deutsche Auswärtige Amt die Dokumente gefälscht habe, da es sicherlich im Interesse der deutschen Regierung liege, friedliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten. Der Kongreß könne amerikanische Diplomaten maßregeln, wenn auch nicht zum Rücktritt bewegen. Sollte die Untersuchung der Tatsachen ergeben, daß irgendein Botschafter oder Gesandter oder auch der Präsident geheime Bindungen eingegangen sei, die Amerikas Neutralität gefährden, oder die Vereinigten Staaten in einen Krieg verwickeln könnten, dann sei es die Pflicht des Unterhauses, Maßnahmen zur Erhebung der öffentlichen Anklage einzuleiten.

Eine ähnliche Entschließung hat auch der Demokrat Reynoulds im Senat eingebracht. Er verlangte, daß Bullitt noch vor seiner Rückkehr nach Paris vor dem Außenausschuß erscheine und Rechenschaft ablege, denn das USA.-Volk sei berechtigt, zu wissen, ob die deutschen Mitteilungen zuverlässig seien.

Hull lehnte Kommentar zum deutschen Weißbuch ab

Bullitts Einstellung in parlamentarischen Kreisen der USA. schon länger bekannt

Washington, 2. April. Staatssekretär Hull lehnte in der Pressekonferenz einen Kommentar zum deutschen Weißbuch ab. Ueber das angebliche Dementi des Botschafters Potocki befragt, erklärte Hull, Potocki sei nicht bei ihm gewesen, er könne sich daher nicht dazu äußern. Gefragt, ob Bullitt die geplante Rückreise auf seinen Pariser Posten antreten werde, erwiderte Hull, von einer Aenderung sei ihm nichts bekannt.

Im Weißen Haus wurde erklärt, daß Präsident Roosevelt seine Fahrt nach Warmsprengs (Georgia) endgültig aufgeschoben habe und nunmehr nicht vor dem 18. April reisen dürfte.

Zur Bullitt-Angelegenheit verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß die Bullitt zugeschobenen Aeußerungen dem entsprächen, was hier schon seit längerem über Bullitts Einstellung bekannt gewesen sei.

Eine Stellungnahme Roosevelts

Washington, 1. April. Präsident Roosevelt, der auf der Pressekonferenz über das deutsche Weißbuch befragt wurde, war offensichtlich bemüht, von der Behauptung des polnischen Botschafters Potocki abzurücken, daß der USA.-Botschafter Bullitt den Westmächten amerikanische Kriegsschiffe gegen Deutschland versprochen habe. Roosevelt erklärte, er habe das Weißbuch bisher nicht gesehen, wolle aber grundsätzlich sagen, daß in gegenwärtigen Kriegszeiten alle Propagandamitteilungen aus kriegführenden Ländern mit mehreren Körnern Salz genossen werden sollten. Roosevelt fügte hinzu, daß Bullitt in der nächsten Woche auf seinen Pariser Posten zurückkehren werde.

„Nichtskönner und Amüsierbengel als Botschafter"

Weißbuchdebatte in USA. geht weiter

Neuyork, 2. April. Im „New York World Telegramm" und anderen Blättern nimmt der bekannte Publizist General Hugh Johnson das Weißbuch zum Anlaß, um den bittersten Hohn über Amerikas plutokratische Botschafter, insbesondere Bullitt, auszugießen. Was ihn wundere, schreibt Johnson, seien nicht die Enthüllungen über Bullitt, der schon stets als streitsüchtiger Freund der Westmächte und als Amateurdiplomat bekannt gewesen sei, sondern Washingtons Aufregung über die deutsche Veröffentlichung. Es habe nicht des Weißbuches bedurft, um zu zeigen, daß Roosevelt eine merkwürdige Vorliebe für Nichtskönner und Amüsierbengel als Botschafter habe, deren Intelligenz meistens wenig über das erste Schuljahr hinausreiche. Johnson weist auf Joseph Davis hin, der nach der mittelmäßigen Laufbahn die Erbin eines großen Lebensmittelkonzerns heiratete, dann sofort zum erstklassigen Diplomaten aufstieg und spornstreichs Moskauer USA.-Botschafter wurde, um nach vorübergehendem Gastspiel in Brüssel Sonderberater des Staatsdepartements zu werden. Sodann nimmt Johnson Anthony Biddle vor, der sich ebenfalls in ein weibliches Vermögen verliebt habe, um Botschafter in Warschau zu werden und beim deutschen Anmarsch ebenso wie die Polenführer

Die Wirkung in Amerika

Wir wünschen nicht, uns irgendwie in inneramerikanische Dinge einzumengen. Aber die Vereinigten Staaten sind denn doch ein zu gewaltiger Faktor der Weltpolitik, als daß es nicht, fast möchten wir sagen, schon die Höflichkeit erforderte, auch das deutsche Volk über die wesentlichen Vorgänge in Amerika zu informieren. Dazu gehört der außerordentliche Eindruck, den drüben die Geheimberichte der polnischen Gesandten in Paris und London über die in der Tat verblüffende Rolle der dortigen amerikanischen Vertreter, der Herren Bullitt und Kennedy bei der Anzettelung des Krieges gegen Deutschland gespielt haben.

Sehr bemerkenswert doch ist, daß der Staatssekretär des Aeußern, Hull, es notwendig fand, diese Rolle der Herren Bullitt und Kennedy zu dementieren. Aber die gerade Herrn Hull nahestehende „Washington Post" bedauert, dieses Dementi als ungenügend ablehnen zu müssen; sie hält es lediglich für die dienstliche Ausführung eines höheren Befehls. Die „Washington Post" erinnert daran, daß Herr Hull erst vor einer Woche den amerikanischen Gesandten in Kanada, Herrn Cromwell, habe zur Rechenschaft ziehen müssen wegen ganz ähnlicher Aeußerungen, wie die der Herren Kennedy und Bullitt in London und Paris. Leider seien deren Aeußerungen, wie sie in den Geheimberichten der Vertreter der gewesenen Beck-Regierung mitgeteilt sind, gar zu glaubwürdig, und leider gehörten diese beiden, Herr Kennedy und Herr Bullitt, genau so wie Herr Cromwell, zu jenen amerikanischen Gesandten, die „nicht als Angestellte des Staatsdepartements des Auswärtigen, sondern als persönliche Abgesandte des Präsidenten Roosevelt zu betrachten seien und daher ihm und nicht dem Staatsdepartement Gefolgschaftstreue zu schulden glaubten". — Wir wissen nicht, ob und wieweit das zutrifft, aber wir glauben, von einer so prononzierten Feststellung eines Blattes von der Bedeutung und besonderen Stellung der „Washington Post" doch Notiz nehmen und Kenntnis geben zu müssen.

Offenbar ist die Erregung über die Rolle der Bullitt und Kennedy drüben noch immer im Wachsen. In einer Rundfunkrede erklärte Herr Hamilton Fish, das führende republikanische Mitglied des Außenausschusses des Abgeordnetenhauses, nach seiner schon längst gebildeten Ueberzeugung „stamme die Kriegshysterie in den Vereinigten Staaten unmittelbar aus dem Weißen Haus". Gegen den Herrn Bullitt will der Abgeordnete Fish vorbehaltlich weiterer Prüfung der polnischen Geheimberichte öffentliche Anklage beantragen; ja, er behält sich dasselbe gegen den Präsidenten Roosevelt vor wegen dessen „unerhörter Interventionspolitik". Die polnischen Geheimberichte, meint Herr Fish, zeigten den Amerikanern, daß Roosevelt in dem Streit zwischen Deutschland und Polen bereit war, in einer Weise Partei zu ergreifen, die sich mit Neutralität nicht vereinbaren läßt.

Wir können nicht beurteilen, wie weit solche Behauptungen zutreffen. Aber Presse und, — was in Amerika heute vielleicht noch stärker wirkt, — Rundfunk, sind erfüllt von dieser Angelegenheit. Nicht nur die Republikaner, auch die Demokraten zeigen sich aufs äußerste beunruhigt. Es ist das demokratische Mitglied des auswärtigen Senatsausschusses, Senator Reynolds, der erklärt, mit bloßen Pressedementis werde das amerikanische Volk über diese Sache nicht zu beruhigen sein; der „profranzösische und probritische" Herr Bullitt vor allem müsse vor die Schranken und unter seinem Eide vernommen werden. Es ist der ebenfalls demokratische Senator Holt, der feststellt, die mitgeteilten Aeußerungen des Herrn Bullitt stimmten durchaus mit dessen sonstigen und früheren Aeußerungen überein, und der sich scharf dagegen wendet, daß „Botschafter und Gesandte ihre Ernennungen nicht ihren Fähigkeiten verdanken, sondern ihren Zuwendungen an die Parteikasse".

Wir enthalten uns jeder Stellungnahme zu all dem. Wir überlassen die amerikanischen Angelegenheiten den Amerikanern. Umso schärfer weisen wir es zurück, wenn drüben Stimmen sich erheben, die nur von „deutscher Propaganda" reden. Von deutscher Seite ist nichts erfolgt als die Veröffentlichung einer Reihe von Dokumenten, die dazu dienen, dem deutschen Volke und — falls es sie, wie es ja scheint, interessiert — der Welt die grundlegende Wahrheit über einen weltgeschichtlichen Vorgang, wie die Vorbereitung und den Ausbruch des Krieges gegen Deutschland offenbar zu machen. — — —